

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst  
für den Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Preis monatlich 20 Pf.  
Durch die Post bezogen monatlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingertstraße 14, II. Tel. 3445.  
Erscheinungstage: jeden Sonntag von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zingertstraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die halbjährige Zeit mit 5 Pf. berechnet, bei dreimonatiger  
Abrechnung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Interessante müssen  
bis spätestens 1/2 Uhr früh in den Expedition abgeben sein und sind im  
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 20.

Dresden, Donnerstag den 25. Januar 1912.

23. Jahrg.

## Zwischen Trotz und Wut.

Die Wortführer der reaktionären Parteien sind durch das Wahlergebnis in schlimmster Weise zurückgeworfen. Sie sind sich nur einig im Schreien über das Ansehen der roten Partei. Aber darüber hinaus wissen sie nicht, wie sie sich zu der neuen Situation eigentlich verhalten sollen und wie sich die Reichspolitik nun gestalten mag.

Von der Regierung Bethmann-Hollweg kommt den Parteien natürlich am allerwenigsten irgendeine Erläuterung. Die Regierungsorgane schweigen in allen Tonarten. Sie wissen selbst ganz und gar nicht, was werden und gehen mag.

Charakteristisch für den Wirrwarr, der nun in jenen Lagern ausgebrochen ist, sind die Meinungen wie sie einerseits die Zentrumsblätter, andererseits ein Blatt wie die rechtsnational-liberal-freikonserverativen Hamburger Nachrichten vom Stapel lassen.

Die Königlich-Preussische Volkszeitung, das leitende Zentrumsblatt, läßt sich auf der Seite sanfter Tröstungsversuche nicht nicht so schlimm gekommen, wie es „die Linke“ behauptet habe. Die Schwarzblauen schreien zwar geschwätzt, aber doch noch stark genug in den neuen Reichstag zurück. Das Zentrumsblatt schreibt:

„Das heißt ist also, daß die erträumte liberal-sozialdemokratische Mehrheit nicht erreicht werden wird, daß aber immer in diesem „Auswahlschlach“ die sozialdemokratische Partei zurechtfinden wird. Dabei sind wir uns wohl bewußt, daß wenigstens in der national-liberalen Reichstagsfraktion eine Anzahl von besonnenen Männern sitzen wird, die von einer Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie nichts wissen wollen. Wie groß die Zahl dieser Männer wird und ob sie gegenüber dem Einstrome des fanatischen Jungkonservatismus sich innerhalb der national-liberalen Fraktion behaupten werden, bleibt abzuwarten. Auf der anderen Seite stehen in Kulturfragen vorwiegend das Zentrum mit 93-94, die Konservativen mit etwa 43, die Reichspartei mit 15 oder 16, die kleineren Gruppen der Rechten mit 13, die Arbeiter und Sozialisten mit 7, die Deutsch-Hannoverscher mit 5, sowie die Polen mit etwa 19 Mandaten. Das sind zusammen rund 200 Mandate. Es treten aber noch einige Fraktionen hinzu. Mit der „Reaktion“ der sogenannten „Schwarzblauen“ Mehrheit ist es nur eine Sache. Allerdings bilden diese Gruppen inogelant eine geschlossene Mehrheit. Das wird aber auch auf der linken Seite des Reichstages nicht der Fall sein. Die Regierung ist am Ende dieses Reichstages ohne jede sichere Mehrheitsgruppierung nicht in einer beneidenswerten Lage. Sie wird ihre Wechsellagerung von Fall zu Fall suchen müssen.“

Die Zentrumsblätter haben also anscheinend ein noch ungünstigeres Fazit der Wahlen erwartet. Sie haben auch in der Tat nicht ganz Unrecht, wenn sie die Liberalen darüber warnen, daß die erträumte neue Mehrheit doch nicht zuhande kommt. Denn die Liberalen, besonders die National-liberalen haben in der Tat die völlige Niederlage der schwarzblauen Parteien verhindert. Die National-liberalen haben so viel Anteil an der konservativen Stichgegenseiten des Zentrums ausgedrückt, daß das Zentrum auf die Fortsetzung der schwarzblauen Politik spekulieren kann. Allerdings würde die schwarzblau-Wehrheit, die das Zentrumsblatt herausredet, nur möglich sein durch den Zusatz der kleinen Parteigruppen, der es nicht nur, sondern auch der Weissen und Blau-Lothringern. Das heißt aber nichts anderes, als daß den Konservativen gegenüber, mit denselben zusammengehenden, die sich von ihnen als „Reichsfeinde“ bezeichnen werden.

Das Zentrum wird sich trotz seiner Tröstungsmodellen nicht darüber täuschen, daß die Reichstagswahl ihm eine schwere Niederlage bereitet hat und daß die schwarzblau-Wehrheit vernichtet ist. Auch wollen wir diese Partei heiss, denn sie vertritt die wirkliche Situation durch Sachverständigen zu verlässigen, daran erinnern, daß die parlamentarische Macht, die sie sich aus diesen Wahlen erworben hat, lediglich auf dem schwächlichen Unrecht der ungleichen Wahlkreisverteilung beruht. Wenn auch die „erträumte liberal-sozialdemokratische Mehrheit“ — infolge des national-liberalen Verrats — nicht so zuhande kommt, wie es nötig wäre, so wird doch das Schwergewicht der überherrschenden Stimmenmehrheit, die hinter den liberalen Parteien und ganz besonders hinter der Sozialdemokratie liegt, unendlich unterschätzt bleiben können. Die Regierung muß dem Willen des Volkes, wie ihn der am 25te Januar gewaltig offenbart hat, Folge leisten. Sie muß die dringendsten Volkserfordernisse erfüllen. Würde die Regierung glauben, daß hinter der national-liberalen Volkszeitung ausgefallenen geträumten Mehrheit von Konservativen, Zentrum, Polen, Weissen und Blau-Lothringern in Reaktionärpolitik fortbetreiben zu können, so würde die große Volkserfordernisse immer mehr und mehr in sich wühlen und schließlich alles Schwarzblau samt seinen Parteiführern niederreißen!

Die Tröstungen des gleichzeitigen Zentrumsblattes sind nicht nach dem Herzen der Draufgänger und Scharfmacher, das diesen Brief unerschütterlich die Hut über das schreckliche Wahlergebnis. Der parlamentarische Reichshofe erhebt sich in Revolutionärsphantasien und ruft nach dem Wonne, der nicht über, sondern handelt unbefürchtet um das Wohlgefallen der „Reaktionären“ Fälle. Die Hamburger Nachrichten, das einflussreiche Pöbelblatt, lächeln ironisch nach Aufhebung des Reichstages. Es ist doch nicht ganz über-

flüssig, die Zweierlei dieser Gewaltpolitiker zu beachten; das Blatt sagt u. a.:

„Wird die Regierung den philosophischen Gleichmut, hinter den sie bisher ihre Verantwortlichkeit hat zurücktreten lassen, so weit treiben, einen Reichstag ruhig zu akzeptieren, in dem die Sozialdemokratie die stärkste Partei ist und mit ihrem Anhang die Situation beherrscht, und in dem der Reichstag beantragt kann, den Sitz des ersten Reichstages einzunehmen? Wird sie sich nicht endlich auf ihre Pflicht besinnen und der Sozialdemokratie den Ernst zeigen, den sie verdient, und ihr gegenüber von Worten zu Taten übergehen? Inwiefern erachtet es für die Regierung durchaus geboten, sich diesen Reichstag nicht ruhig gefallen zu lassen, sondern ihn aufzulösen, sobald seine Bildung vollendet ist? Die Regierung darf sich angefaßt dieses beschämenden und gefährlichen Wahlergebnisses nicht wieder hinter ihr bekanntes laissez faire, laissez aller verbergen und dem deutschen Volke die Verantwortung für alles Weitere zuschieben. Sie darf jetzt der Sozialdemokratie gegenüber nicht wieder versagen, wie sie es in diesen Tagen bei der Frage des Schusses der Arbeitslosen leider getan hat. Wir erwarten von ihr nicht die Anwendung eines heroischen Mittels, wie es Fürst Bismarck empfohlen hat, als er sagte, er habe das Vertrauen zum deutschen Volke, daß es das göttliche Wahlrecht abändern werde, wenn sich herausstellen sollte, daß es schädlich wäre. Er hat wohl, als er diese Worte niederrief, auch kaum mit der Möglichkeit gerechnet, daß er einst in philosophisch-apathische Nachfolger haben würde, wie sie jetzt am Ruder sind. Wir erwarten, wie gesagt, von der gegenwärtigen Regierung keine Herabsetzung des Wahlrechts, wohl aber die Anwendung aller verfassungsmäßigen Mittel, die sie darbieten, um dem roten Spul ein Ende zu machen. Das nächstgegebene Mittel aber besteht in der Auflösung des Reichstages. Preislich ist es damit nicht allein genug, sondern die Regierung muß auch entschlossen sein, in der neuen Wahlbewegung energisch an die Spitze des Kampfes gegen die Sozialdemokratie zu treten, um das ganze national-liberalen Bürgerturn geschlossen gegen die Linkspartei zu führen. Diese Aufgabe zu lösen ist nicht schwer, wenn man den hellsten Geist in Betracht zieht, den das deutsche Völkertum jetzt erziehen hat. Handelt die Regierung anders, als oben gesagt, so muß sie bei allen deutschen Patrioten den letzten Rest des Vertrauens einbüßen, den sie jetzt noch genießt. Was aber dann, auf wen soll die Regierung dann noch zählen? Man mag die neue innerpolitische Lage differieren wie man will, es bleibt unersetzlich, daß ein Mittel übrig, sie zum Gegen des Vaterlandes zu lösen: die Auflösung des roten Reichstages.“

Das Beste wäre also, wenn der Kaiser sofort einen der Hintermänner des Hamburger Schornsteinadmirals zum Kanzler machen würde. Dieser starke Mann muß sich dann an der Lösung der Aufgabe versuchen, die gar nicht so schwer sein soll. Er soll nach Einführung des kaum genährten Reichstages sich an die Spitze des national gestimmten Bürgerturns setzen und die Linkspartei vernichten.

Der schornsteinadmiralische Wille an solcher Politik ist reichlich vorhanden, nicht bloß in den Redaktionen des Hamburger Blattes, des Reichshofes und ähnlicher Gazetten, sondern gewiss auch in gewissen höheren politischen und militärischen Kreisen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß es irgendeinen verantwortlichen Staatsmann gelingen könnte, auf die Reichsstände der Wäntchen einzuwirken. Die Regierungen des Reiches werden sich wohl selbst sagen, was sie ernten würden, wenn sie dem am 12. Januar fand gewordenen Volkswillen mit einer Politik der Kaseri entgegenzutreten wollten.

Die Regierungen wissen wohl recht gut, daß am wenigsten die Sozialdemokratie von einem neuen Appell an die Wähler zu beirrt hätte. Das deutsche Volk will, daß der Gesetz in Beratung nimmt zur Vereinfachung drückender Lasten, zur Wehrung der Volksrechte, zur materiellen und kulturellen Förderung der arbeitenden Massen. Dies sind die Forderungen des Tages! Und wer sich verweigert, sich ihnen in den Weg zu stellen, den wird das deutsche Volk austilgen!

Hörst bei den entlassungsvollen Tröstungsblättern des geschlagenen Merkantilismus und hinweg über die freiden Potentaten der verbliebenen Reaktionäre soll der neue Reichstag zur Arbeit schreiten! Zur Arbeit für die Freiheit und das Wohlergehen des ganzen werktätigen Volkes!

## Die Stichwahlen.

Die letzten Entscheidungen.

Am heutigen Tage finden noch folgende 33 Stichwahlen statt:

Schweg, Tilling, Marienburg, Potsdam - Spandau - Osthavelland, Landsberg - Soldin, Frankfurt a. d. Oder - Lebus, Pfläschau - Rosfen, Guben - Lübben, Sorau, Kalau - Ludau, Krotzschin, Striegau-Schwanditz, Cappel, Grünberg-Freyland, Glogau, Lüben-Punglau, Liegnitz-Dohnau, Schönow-Dirkau, Salzmünde, Gardelegen, Lorna - Liebenwerda, Schwiebus, Wittenberg, Sangerhausen - Gartzberg, Querfurt-Werleburg, Nordhausen, Dornberg, Alena-Merteln, Vochum-Belienfirden, Dornmund, Vempe-Bernsdorf, Uckeritz-Varnen, Düsseldorf, Eilen, Rülheim-Duisburg, Nödes-Nees.

## Die letzten Stichwahlparolen.

Die Antifemiten in Nordhausen proklamieren für die Stichwahl zwischen Dr. Cohn (Soz.) und Dr. Biemer (Fortf. Volksp.) folgende Wahlhaltungen:

Die National-liberalen von Elberfeld-Varmen beschließen einstimmig ohne Widerspruch folgende Stichwahlparole: Die National-liberale Partei von Elberfeld-Varmen fordert ihre Wähler auf, am Donnerstag in der Stichwahl Mann für Mann für dem Freikonserverativen Vitz einzutreten. Diese Parole soll durch tätige und intensive Arbeit für den Freikonserverativen unterstützt werden, damit Donnerstag das schwarzweißrote Banner über dem Stuppertale Rastert. Die National-liberalen werden aufgefordert, ebenso tätig für die Wahl Vitz einzutreten, wie feinerzeit für die ihres eigenen Kandidaten Dingmann.

Die fortschrittliche Volkspartei hat mit überarother Mehrheit Stimmenzeitgabe für die bevorstehende Stichwahl beschlossen, da das Endziel des Liberalismus die Zertrümmerung des schwarzblauen Blockes ist, die jetzt auf des Meisters Schneide steht. Diese Aufgabe des Liberalismus wäre im Wahlkreis Elberfeld natürlich gegenüber nur durch die konsequente Stichwahlparole für den Genossen Ebert zu erfüllen.

In Vochum rief der sozialdemokratische Wahlsieger in Köln nach der Post große Erregung hervor. Bei den Anhängern des Zentrums ist die Stimmung: Rache für Köln! Das Köln für Dempp-Rettmann entscheidend ist, hat das Zentrum schon offiziell erklärt.

In Nödes-Nees beschließen die Konservativen nach einer Ansprache Dr. Cohns die Unterstützung des Zentrums gegen die National-liberalen.

In Eilen protestierte Dienstagabend eine von mehr als 3000 Personen besetzte Versammlung der fortschrittlichen Volkspartei gegen das Wahlkompromiß zwischen National-liberalen und Zentrum. Referenten waren Rechtsanwalt Dr. Geydell und Dr. Vorkhoff-Düsseldorf. Die Parole: Für die Sozialdemokratie und gegen das Zentrum! wurde mit gemittelter Begeisterung aufgenommen. Die Nichtstimmung über den Wahlschacher der Liberalen mit dem Zentrum ist allgemein.

Der Vorstand der vereinigten Konservativen in Neesburg-Querfurt stellt seinen Parteikern in der Stichwahl zwischen dem Reichstümigen Koch und dem Sozialdemokraten Volkmann die Stimmenabgabe frei, doch dürfte keine Stimme für den Sozialdemokraten abgegeben werden.

In Salzmünde-Gardelegen klammern die 2500 Sozialdemokraten geschlossen für den Bauernführer Kochme gegen den konservativen Kroscher. Vorabend Wahl scheint also gesichert zu sein.

## Der Schacher am Rheinland-Westfalen.

Dem Berliner Tageblatt wird aus Düsseldorf gemeldet: Wie ich aus unbedingt sicherer Quelle erfahre, ist demnach in einer der nächsten Sitzungen des Düsseldorf Stadtrats ein Zentrumsantrag Folge zu leisten, nach dem den liberalen Mädchenkassen, deren Lehrerinnen sich aus Ordensschwämmen zusammensetzen, aus städtischen Mitteln Subventionen gewährt werden sollen. Der liberale Deputierte für das Schulwesen ist gegen diese Unterstützung, die allen bisherigen Geschehnissen liberaler Stadtverwaltungen widerspricht. Herr Justizrat Krebber, der gewesene national-liberale Kandidat, gibt sich alle Mühe, seine „liberalen“ Kollegen zur Annahme des Zentrumsantrags zu bewegen. Die liberale Stadtverwaltung von Krefeld hat beinahe eine derartige Annahme des Zentrums kürzlich zurückgewiesen.

## Ein wertvolles Geständnis.

Die Germania veröffentlicht einen feiner Brief über die Niederlage des Zentrums. Da ist zu lesen:

Wenn nicht sofort am Tage nach der Hauptwahl einige hundert rechtsliberalen Männer, die den Ernst der Lage durchschaute hatten, den Anruf für Trübsinn, ohne die Stellungnahme der liberalen Parteileitung abzuwarten, veröffentlicht hätten, wäre in der national-liberalen Versammlung am Freitag nach der dort zum Ausdruck gelangten Stimmung offen die Parole für rot ausgegeben worden. Aber man durfte diese rechtsliberalen Männer, die zu den selbstkritischsten der national-liberalen Partei zählen, nicht vor den Kopf stoßen und konnte bei der Parole, die Stimmenabgabe für den Wähler freizustellen, um so ungebundener dem Zentrumsbah — denn der allein war die treibende Kraft der liberalen Wahlwähler — treten lassen und nahezu Mann für Mann den Sozialdemokraten wählen.

Also: die Maßgebenden in der national-liberalen Parteiorganisation sind die Reichen, und die Reichen sind fürs Zentrum!

## Eine Ermahnung des Fortschritts.

Die der Parteileitung der fortschrittlichen Volkspartei naheverwandte freisinnige Zeitung kennzeichnet die Lage für den dritten Stichwahltag wie folgt:

Von den 33 Stichwahlen des dritten Stichwahltages vollziehen sich vier zwischen Angehörigen des Antiblock. Unter allen Umständen wird daher der Block, der schon jetzt 185 Mandate besitzt, 189 Reichstagsabgeordnete zählen, der Antiblock 191. Bei den übrigen 16 Stichwahlen handelt es sich darum, ob ein Angehöriger des Blocks oder des Antiblockes siegen wird. Diese 16 Wahlen geben die Entscheidung. Wenn nur 10 davon für die reaktionären Parteien günstig ausfallen, erhalten sie 199 Sitze und damit die absolute Majorität im Reichstag. Unsere Freunde im Lande erleben hieraus, daß der definitive Ausgange der Reichstagswahlen auf des Meisters Schneide steht. Was sie zu tun haben, ist ihnen in der Stichwahlparole des Geschäftsführenden Ausschusses der fortschrittlichen Volkspartei klar und deutlich vorgezeichnet: Der blaue-schwarze Block muß zertrümmert werden! Keine Stimme einem Freikonserverativen, Merkantil, Antifemiten oder